Zukunft für alle — arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Regierungsprogramm 1987—1990 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zukunft für alle — arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Regierungsprogramm 1987—1990 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir Sozialdemokraten sagen in diesem Regierungsprogramm, wie wir für die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren Politik gestalten wollen, wo wir Schwerpunkte setzen und was Politik für die Menschen leisten kann.

Wir wollen für uns und für unsere Kinder eine friedliche, sozial gerechte und lebenswerte Welt schaffen und bewahren. Dazu müssen wir in vielen Bereichen umdenken und umsteuern. Wir wollen eine sichere und soziale Zukunft für alle Menschen in Deutschland. Deshalb ist dieses Programm überschrieben „Zukunft für alle — Arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden".

Ohne eine große nationale und internationale Kraftanstrengung werden wir die Aufgaben der Abrüstung, der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der sozialen Sicherung, der ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft und einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft nicht meistern.

A87-4013

Ich bin überzeugt:

Gemeinsam können wir es schaffen.

Gemeinsam werden wir es schaffen.

Wir haben die Chance, eine Zukunft für alle zu gestalten, wenn wir den Weg des Zusammenführens und des Zusammenwirkens gehen. Gegen das Spalten und das Ausgrenzen von Minderheiten setze ich das Leitbild der solidarischen Gesellschaft.

Mit dem sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann sage ich: Es hilft nicht, das Unvollkommene der heutigen Wirklichkeit zu beklagen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Wir wollen die kleinen Schritte gehen. Entscheidend ist: Die Richtung hin zu einer besseren Wirklichkeit muß stimmen.

Viele empfinden, daß sich die Politik zu wenig um die Menschen kümmert. Sie erscheint oft als eine Veranstaltung von Politikern für Politiker. Manche Festtagsrede wird durch das Alltagshandeln Lügen gestraft. Die politische Sprache wirkt häufig leer, manche Geste aufgesetzt und nur für das Fernsehen bestimmt.

Ich teile die Welt nicht in Gut und Böse, in Rote und Schwarze, Grüne und Farblose. Unsere Gesellschaft besteht aus Menschen — aus Kräftigen und Schwachen, Gesunden und Kranken, Jungen und Alten, Frauen und Männern, Einsamen und Geselligen. Um sie und ihre Sorgen will ich mich mit Wahrhaftigkeit und Redlichkeit kümmern.

Wir Sozialdemokraten vertreten die Interessen der Mehrheit unseres Volkes. Deshalb kämpfen wir um die Zustimmung dieser Mehrheit.

Wir müssen heute die Weichen für eine gute Zukunft für alle stellen.

Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Ihr

Johannes Rau

Johannes Rau

Inhalt

1. Zukunft für alle: Versöhnen statt spalten
— Unser Land hat eine bessere Regierung verdient ... 6
— Mit der SPD: Zukunft für alle ... 7
— Unser sozialdemokratischer Weg ... 8
— Wir wollen eine eigene Mehrheit für die SPD mit Johannes Rau ... 9

2. Arbeitslosigkeit bekämpfen
— Die Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale politische Herausforderung 10
— Weichenstellungen für einen wirtschaftlichen Aufbruch ... 11
— Arbeit für alle ... 12
— Unser Land ist auf einen funktionierenden Wettbewerb und den freien Handel angewiesen ... 14
— Wissenschaft und Technik — im Dienst der Menschen ... 15
— Mitbestimmung sichern und ausdehnen — Die Wirtschaft demokratisieren ... 16

3. Die Industriegesellschaft ökologisch erneuern
— Verantwortung für das Leben ... 17
— Arbeit und Umwelt — eine große Chance für alle ... 17
— Wir werden das wirtschaftliche Eigeninteresse an Umweltvorsorge wecken ... 18
— Wir brauchen eine Umwelt-Außenpolitik ... 19
— Sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft . 19
— Ziele und Weg unserer Energiepolitik ... 20
— Grundlegende Kurskorrektur in der Agrarpolitik ... 22
— Natur und Tiere brauchen politische Anwälte ... 23

4. Eine solidarische Gesellschaft durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit schaffen
— Der Sozialstaat ist unsere gemeinsame Aufgabe ... 24
— Sicherheit im Alter ... 25
— Unseren Familien helfen ... 25
— Chancengleichheit für unsere Kinder und Jugendlichen ... 26
— Eine Reform des Gesundheitswesens ist unabweisbar ... 27

5. Solide Finanzen und ein gerechtes Steuersystem
— Zehn Eckwerte unserer soliden Finanz- und Steuerpolitik ... 29

6. Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen
— Das Gleichheitsgebot der Verfassung umsetzen ... 32
— Gleichstellung voranbringen ... 33
— Chancen durch Bildung ... 33
— Weichenstellungen für die Gleichstellung durch staatliches Handeln 34
— Frauen schützen ... 35

7. Liberalität und Demokratie in Staat und Gesellschaft bewahren und ausbauen
— Freiheits- und Bürgerrechte sichern ... 35
— Wir wollen den demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat ... 36
— Datenschutz ist Bürgerrecht ... 36
— Innere Sicherheit ist eine politische Aufgabe ... 36
— Ausländer sind unsere Mitbürger ... 37
— SPD: Partner der Bürgerinnen und Bürger ... 38
— Kunst in einer offenen Gesellschaft ... 38

8. Den Frieden sichern
— Frieden stiften ... 39
— Aufbruch zu einer zweiten Phase der Entspannungspolitik ... 40
— Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten ... 41
— Wir wollen zur Einigung und Stärkung Europas beitragen ... 42
— Unsere Interessen im Atlantischen Bündnis vertreten ... 43
— Gemeinsame Sicherheit schaffen ... 44
— Dem Frieden dienen ... 45
— Zukunftsprogramm Dritte Welt ... 46

9. Nach der Wende den Wechsel schaffen ... 47

1. Zukunft für alle: Versöhnen statt spalten

Unser Land hat eine bessere Regierung verdient

Am 25. Januar 1987 stellen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Weichen für die Zukunft.

Die gegenwärtige Bundesregierung wollte das Land geistig-moralisch erneuern. Skandale, Vertrauensbrüche und Pannen kennzeichnen ihren Weg.

Die gegenwärtige Bundesregierung versprach, die Massenarbeitslosigkeit wesentlich herabzudrücken. Tatsächlich sind heute weitaus mehr Menschen ohne Arbeit als bei der Regierungsübernahme durch die gegenwärtige Koalition. Sie hat den weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre nicht genutzt.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat massiv umverteilt: Von unten nach oben. Sie hat die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer in die Höhe getrieben — diese war noch nie so hoch wie heute. Gleichzeitig sind die Subventionen gestiegen, die öffentlichen Investitionen gerade in Gemeinden gesunken. Arbeitslose, Familien mit Kindern, Rentner, Behinderte und Sozialhilfeempfänger wurden einseitig und ungerecht belastet.

Mit der sinnlosen Frontstellung gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ist der soziale Friede willkürlich erschüttert worden.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat mit einer unsicheren und in sich widersprüchlichen Außenpolitik, in die Scharfmacher wieder hineinreden, das internationale Ansehen und das eigenständige Gewicht unseres Landes gemindert — im Westen wie im Osten.

Es gibt seit Amtsantritt der gegenwärtigen Bundesregierung mehr Waffen und Programme für neue Waffen, aber bisher kein einziges Abkommen zur Abrüstung. Die Gefahren sind größer geworden. Möglichkeiten zu eigenen Friedensinitiativen wurden von der gegenwärtigen Bundesregierung nicht genutzt, weder international noch im Verhältnis zur DDR.

Was die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt an Vertrauen und Einfluß in der Welt aufgebaut haben, hat Helmut Kohl nicht halten, geschweige denn ausbauen können.

Wird die gegenwärtige Bundesregierung bei der Bundestagswahl bestätigt, dann geht die Wende erst richtig los: Dann besteht die Gefahr, daß soziale Kälte, geistige Enge, politische Ideenlosigkeit und einseitige Interessenvertretung die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben unmöglich machen.

Mit der SPD: Zukunft für alle

Wir Sozialdemokraten stehen für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für die Erhaltung unserer Umwelt, für soziale Gerechtigkeit, für demokratische Bürgerrechte und für Frieden und Abrüstung.

Bei dieser Bundestagswahl stellen wir uns gegen die Uneinsichtigen zweier Richtungen:

Die einen spalten unsere Gesellschaft und grenzen Millionen Menschen aus. Die anderen huldigen einem überzogenen Individualismus.

Die einen höhlen Bürgerrechte aus. Andere spielen leichtfertig mit der Schutzfähigkeit des Staates.

Die einen huldigen unkritisch jeder technischen Entwicklung. Die anderen sehnen sich nach einer vorindustriellen Idylle und wollen aus der Industriegesellschaft aussteigen.

Die einen schwächen das westliche Bündnis durch den Verzicht auf eine selbstbewußte Vertretung unserer Interessen. Die anderen gefährden es durch außenpolitische Unberechenbarkeit — bis hin zur Forderung nach dem Ausstieg aus dem Bündnis.

Beide verschließen sich den schwierigen Fragen der Wirklichkeit und flüchten sich in allzu simple Antworten.

Wir Sozialdemokraten setzen auf Bürgersinn und den wachen Verstand der

Menschen. Wir setzen auf Vernunft und ein breites Bündnis mit den Wählerinnen und Wählern für eine gute Zukunft für alle. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, daß in unserer Gesellschaft das Glück der einen auf dem Unglück der anderen aufgebaut wird.

Unser sozialdemokratischer Weg

Zu unserem Weg gehört die Erkenntnis, daß noch nie so viel Macht und damit so viel Verantwortung in Menschenhand lag. Der Fortbestand der Schöpfung und damit das Überleben der Menschen ist durch Massenvernichtungswaffen, durch die Ausbeutung der Natur und durch die Fähigkeit, menschliche Erbanlagen zu verändern, weltweit gefährdet. Daraus erwächst eine neue Dimension von Verantwortung.

Wir dürfen künftigen Generationen nicht erdrückende Hypotheken hinterlassen. Deshalb müssen wir umsteuern. Deshalb müssen wir in die Erneuerung unserer Gesellschaft investieren. Deshalb müssen wir die schöpferischen Möglichkeiten unserer Gesellschaft herausfordern und fördern. So können wir das Leben schützen und die Zukunft für alle gewinnen.

Dazu brauchen wir eine große gemeinsame Kraftanstrengung, bei uns und in Europa. Denn immer mehr wird unsere nationale Politik auch durch die Europäische Gemeinschaft bestimmt.

Wir wollen die Fähigkeiten, Kenntnisse und Begabungen der Menschen nicht in sinnlosen Auseinandersetzungen vergeuden, sondern sie zusammenführen für

- Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Entspannung,
- Arbeit für alle durch eine Modernisierung der Wirtschaft und eine gerechtere Verteilung der Arbeit,
- sozialen Frieden durch mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität,
- eine lebenswerte Umwelt durch eine ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft,

- die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern durch eine neue Partnerschaft,
- eine lebendige Demokratie durch Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung
- und eine offene Gesellschaft auch durch einen leistungsfähigen und bürgernahen Staat.

Wir Sozialdemokraten werben für das Zusammengehen derer, die Solidarität geben können und wollen, mit denen, die Solidarität brauchen. Wir werben für das Bündnis der Vernunft, für das Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat ebenso wie von Kirchen, Verbänden und Selbsthilfegruppen.

Nur wenn viele mitgehen, können wir auf dem richtigen Weg vorankommen. Mehr Demokratie wagen — das ist und bleibt sozialdemokratische Richtschnur.

Dazu gehört Ehrlichkeit im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Nur wer sagt, was er kann und verantworten will, und auch deutlich macht, was er nicht kann und nicht verantworten will, ist glaubwürdig. Und Glaubwürdigkeit verlangt auch, daß man nicht mehr verspricht, als man halten kann.

Wir wollen eine eigene Mehrheit für die SPD mit Johannes Rau

Wir Sozialdemokraten sind die große Volkspartei der Reformen. Wir kämpfen um die Mehrheit. Wir Sozialdemokraten suchen Wählerinnen und Wähler, keine Koalitionspartner.

Helmut Kohl und die CDU/CSU schaffen keine gute Zukunft für alle. Wir Sozialdemokraten stellen ihnen unseren Entwurf für eine sichere und soziale Zukunft entgegen. Deshalb wollen wir die Wahl am 25. Januar 1987 zu einem Volksentscheid über unseren Zukunftsentwurf machen. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden — für die SPD mit Johannes Rau.

2. Arbeitslosigkeit bekämpfen

Die Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale politische Herausforderung

Arbeitslosigkeit zerstört Lebenschancen. Arbeitslosigkeit ist sozialer Sprengstoff. Sie vergeudet Leistungsbereitschaft und Begabungen. Sie schafft neue Armut. Sie schwächt das Zutrauen in die politische und soziale Ordnung.

Gegenwärtig sind die öffentlichen Haushalte durch eine passiv hingenommene Arbeitslosigkeit jährlich mit über 55 Milliarden DM belastet. Wir Sozialdemokraten wollen statt dessen mehr öffentliche Zukunftsinvestitionen für eine beschäftigungsorientierte Politik.

Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes gründet sich auf kräftige Unternehmen mit Pioniergeist — vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen —, auf ein leistungsfähiges Handwerk, auf gut ausgebildete und verantwortungsbewußte Arbeitnehmer, auf starke Gewerkschaften und einen handlungsfähigen Staat. Sozialdemokraten wollen diese Kräfte im Interesse aller zusammenführen.

Ohne Notwendigkeit hat die gegenwärtige Bundesregierung eine heuchlerische Leistungsideologie geschaffen, die den Fleiß der arbeitenden Menschen nur bei hohem Einkommen anerkennt. Leistung, die sich der sozialen Verantwortung bewußt bleibt, ist unverzichtbar; Leistung als blinde Konkurrenz zerstörerisch.

In einem Klima sozialer Kälte hat die gegenwärtige Bundesregierung die Sorge entstehen lassen, Mitbestimmung als historischer Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital solle nicht länger eine entscheidende Schlußfolgerung aus deutscher Geschichte sein.

Unser Land braucht politische Tatkraft statt Sorglosigkeit. Wir Sozialdemokraten setzen auf die Einsicht, daß die Massenarbeitslosigkeit nur entscheidend bekämpft werden kann, wenn sich alle Verantwortlichen am längerfristig erreichbaren Beschäftigungsziel statt an kurzfristigen Sondervorteilen ausrichten.

Klarheit, Stetigkeit und Augenmaß der staatlichen Wirtschaftspolitik sind erreichbar, wenn wir erkennen: Nur indem wir einer modernisierten europäischen

Industriegesellschaft dienen, können wir zum eigenen Vorteil unseren Beitrag für Stabilität und Innovation leisten. Unser Land kann den Aufbruch in neuerliche Vollbeschäftigung und zu einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise schaffen.

Weichenstellungen für einen wirtschaftlichen Aufbruch

Beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit gibt es keine schnellwirkenden Patentantworten. Wir Sozialdemokraten setzen auf das nationale Bündnis der Vernunft und auf eine Europäische Gemeinschaft, die das Ziel der Vollbeschäftigung energisch verfolgt. Unsere Elemente eines wirtschaftlichen Aufbruches sind:

- Wir werden mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik die Erneuerung unserer Volkswirtschaft vorantreiben — von der Geldpolitik über die Förderung der Investitionen und Innovationen bis hin zur Förderung regionaler und sektoraler Strukturpolitik. Dabei haben für uns die Standorte von Kohle und Stahl, der Werftindustrie und der Textilindustrie besondere Bedeutung.

- Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Arbeit und werden dazu auch die Möglichkeiten der Arbeitszeitpolitik nutzen.

- Wir werden durch gezielte öffentliche Investitionen Arbeit schaffen und gleichzeitig Umweltschutz verbessern.

- Wir werden der Verschleuderung des Bundesvermögens Einhalt gebieten.

- Für eine Übergangszeit werden wir für bestimmte Gruppen und für strukturschwache Regionen die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik verbessern und zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik einsetzen.

- Wir gehen voran auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie, indem wir die Mitbestimmung ausbauen und die Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen.

Es geht bei dieser wirtschaftlichen Herausforderung nicht um fehlende Leistungsfähigkeit oder Leistungsbereitschaft. Die Erträge der Unternehmen haben es ih-

nen allein im letzten Jahr erlaubt, über 50 Milliarden DM in Geldvermögen anzulegen. Es wird viel zu wenig produktiv angelegt. Eine Ursache dafür ist ein falsches Steuersystem. Es fehlt auch nicht an Können und Engagement von Arbeitnehmern, sondern an Arbeitsplätzen. Es fehlt nicht an Wachstumsfeldern. Es fehlt an klaren Aufgaben für das Ganze und am gemeinsamen Willen, sie anzupacken.

3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen — das ist die große Herausforderung. Dies ist nicht kurzfristig zu schaffen, sondern nur durch eine neue langfristige Anstrengung für drei große, miteinander verbundene volkswirtschaftliche Vorhaben des technischen und sozialen Aufbruchs:

- Es geht um die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft. Mindestens für ein Jahrzehnt ist ein Investitionsschub in die Umwelt erforderlich, damit die Narben von über hundert Jahren Industrialisierung beseitigt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten oder wiederhergestellt werden.

- Das Umsteuern in der Energiepolitik erfordert alle Kräfte. Es ist aber auch eine große Chance für eine Investitionswelle in die Energieeinsparung und Nutzung neuer Energien, für die intelligente Nutzung von Technik in vielen Unternehmen und Haushalten. Damit werden auch Arbeitsplätze im Bereich des Kraftwerk- und Energieanlagenbaus gesichert und neu geschaffen.

- Wir brauchen eine Gründer- und Erneuerungswelle mit vielen neuen Unternehmen. Dies erfordert eine lange Investitionsanstrengung und verläßliche staatliche Rahmenbedingungen, damit kleine und mittlere Unternehmen neu entstehen und sich behaupten können.

Arbeit für alle

Die meisten Arbeitsplätze in unserem Land finden sich in der privaten Wirtschaft. Mehr als ein Viertel von ihnen hängt direkt vom Export ab. Es ist Aufgabe der Politik, für diese Arbeitsplätze wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sicherzustellen. Es ist Aufgabe der Unternehmen, durch Leistung im Wettbewerb zu bestehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir wollen ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt". Damit werden wir

schrittweise die Belastungen der Umwelt und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit abbauen. Das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" ermöglicht privaten und öffentlichen Unternehmen, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zinsgünstige Kredite und Zuschüsse für Umweltinvestitionen. Das Sondervermögen soll im Zeitraum von zehn Jahren stark verbilligte Investitionskredite in Höhe von 20 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich mobilisieren. Mit dem Sondervermögen und mit anderen Maßnahmen im Umweltschutz können mehrere hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei Umwelttechnologien, in der Umweltverträglichkeit und -zuverlässigkeit unserer Produkte die erste Adresse in der Welt wird. Hier liegt international eine große Wachstumschance.

Ohne andere Formen der Arbeitszeitverkürzung auszuschließen, unterstützen wir die Gewerkschaften auf ihrem Weg hin zur 35-Stunden-Woche. Einkommenssteigerungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzungen sind die drei Formen, in denen Produktivitätssteigerungen verwendet werden können.

Wir wollen ein neues Arbeitszeitgesetz. Das soll auch dazu beitragen, die Zahl der Überstunden deutlich abzubauen. Eine freiere Wahl der Arbeitszeit halten wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Entfaltung und Lebensgestaltung, sondern auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und beschäftigungspolitisch für sinnvoll. Die Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei gesetzlich und tarifvertraglich gesichert sein. Die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz machen wir wieder rückgängig. Wir wollen illegale Beschäftigung bekämpfen und den Mißbrauch von Leiharbeit verhindern.

Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik müssen gezielter zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik eingesetzt werden. Dies gilt vor allem für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit denen wir für bestimmte Gruppen und in strukturschwachen Regionen mehr Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen wollen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Leistungsfähigkeit der Arbeitsämter stärken.

Wir wollen Unternehmern, die unternehmensfreudig sind, helfen. Statt einer Umverteilung zugunsten von Spitzenverdienern werden wir gezielt Investitionen

in Arbeitsplätze, in Unternehmensneugründungen und -erweiterungen stärken. Deshalb dürfen Anlagen in Wertpapiere und Geldkapital nicht länger steuerlich günstiger behandelt werden als Sachinvestitionen. Wir wollen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen helfen. Wir werden ihre Investitionskraft stärken. Zum Beispiel soll für sie eine steuerfreie Investitionsrücklage eingeführt werden.

Wir wollen einen umfassenden Ausbau der Weiterbildung. Sie soll einen festen und gleichwertigen Platz in unserem Bildungsangebot einnehmen. Uns geht es dabei vorrangig um die von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen und benachteiligten Gruppen — vor allem um die Frauen.

Wir wollen, daß jede junge Frau und jeder junge Mann eine berufliche Chance erhält. Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung zusammen mit den Bundesländern und den Kommunen Programme für diese jungen Menschen vorlegen, die ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz sind.

Wir wollen, daß überall dort, wo private und öffentliche Arbeitgeber nicht in der Lage sind, ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sicherzustellen, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Betriebe, die ausbilden können und sich zu Lasten anderer Betriebe der Ausbildungsverantwortung entziehen, müssen sich an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Wir halten dies für eine moralische Pflicht. Wir werden dafür sorgen, daß diese Betriebe durch Bundesgesetz zur Finanzierung der Berufsausbildung herangezogen werden.

Unser Land ist auf einen funktionierenden Wettbewerb und den freien Handel angewiesen

Viele reden vom Markt, meinen aber Macht. Die Unternehmen müssen auch unbequemen Wettbewerb im Inland und von außen akzeptieren. Wir brauchen mehr Wettbewerb — gerade um neuen Unternehmen nicht den Zugang zum Markt zu verstellen — und eine bessere Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Deshalb wollen wir den Wettbewerb im Banken- und Versicherungsmarkt ausweiten und Macht und Einfluß der Banken und Versicherungen auf die Wirtschaft zurückdrängen. Wir wollen die Zahl und das Ausmaß der in einer Branche zulässigen Beteiligungen durch Banken und Unternehmen anderer Branchen

und die Zahl der in einer Bank zulässigen Aufsichtsratsmandate zurückführen. Die Grenze zwischen sinnvoller Verflechtung und bedenklicher Beeinträchtigung des Wettbewerbs muß wieder eingehalten werden.

Wir Sozialdemokraten setzen auf das Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft, Tarifparteien und Deutscher Bundesbank. Dabei wollen wir auch die Möglichkeiten einer gesamtwirtschaftlichen Nachfragepolitik ausschöpfen.

Die Nachfrager haben allerdings nur begrenzte Möglichkeiten, gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklungen — wie z. B. anwachsende Energie- und Rohstoffverschwendung — entgegenzuwirken. Verbraucherschutz hat für Sozialdemokraten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen der Anbieter und Produzenten.

Wir werden auch in der Europäischen Gemeinschaft die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes unterstützen und für die Weiterentwicklung und Harmonisierung des Wettbewerbsrechts eintreten.

Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems sind für uns wichtige Voraussetzungen für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Die erfolgreiche Entwicklung einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung bleibt abhängig von einem stabilen internationalen Währungssystem.

Wissenschaft und Technik — im Dienst der Menschen

Zur Lösung der Probleme unserer Industriegesellschaft brauchen wir den Erfindungsgeist und die Neugier der Wissenschaftler und Techniker, die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, kräftige Unternehmen mit dem Willen zur Erneuerung und die Bereitschaft zum Konsens auf beiden Seiten.

Wir wissen, daß von technischen Entwicklungen auch Risiken und Gefahren ausgehen — für Arbeitsplätze, für die Umwelt, für den Frieden, für Bürgerfreiheit und Menschenwürde. Deshalb stehen wir Technikgläubigkeit ebenso fern wie Technikangst.

Wir wollen den technischen Wandel nicht um seiner selbst willen, sondern um

das Leben der Menschen zu verbessern. Wir wollen unsere Kraft dafür einsetzen, technischen und sozialen Fortschritt zusammenzubringen.

Mitbestimmung sichern und ausdehnen — Die Wirtschaft demokratisieren

Wir treten für eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft ein.

Das Gleichgewicht zwischen den Tarifparteien, flächendeckende Tarifverträge, das kollektive Arbeitsrecht und die Mitbestimmung sind für uns unantastbare Grundlagen für sozialen Frieden und Zusammenarbeit.

Einige Voraussetzungen für diese Zusammenarbeit sind von der gegenwärtigen Bundesregierung ohne Not und in unglaublicher Leichtfertigkeit mißachtet, zum Teil beschädigt worden. Sie müssen wiederhergestellt werden. Darüber hinaus müssen wegen des wirtschaftlich-technischen Strukturwandels zusätzliche Grundlagen für ein gedeihliches Zusammenwirken geschaffen werden.

Arbeitnehmer sollen durch Mitbestimmung an den Entscheidungen in der Wirtschaft teilhaben.

Wir wollen die Montan-Mitbestimmung sichern. Wir werden die paritätische Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ausdehnen.

Wir wollen dazu beitragen, daß Arbeitnehmer auf tarifvertraglicher Grundlage am Produktivvermögen beteiligt werden.

Die Koalition aus CDU, CSU und FDP will das Betriebsverfassungsgesetz zu Lasten der Arbeitnehmer verschlechtern — wir wollen mehr Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und Anwendung neuer Techniken schaffen. Auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz muß ausgebaut werden.

Wir werden die gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften gerichtete Veränderung des Streikparagraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz rückgängig machen.

In der Europäischen Gemeinschaft wollen wir uns für eine Mitbestimmungsregelung für europäische Unternehmen einsetzen und bei der Entwicklung des gemeinsamen Marktes die deutschen Mitbestimmungsregeln vor Aushöhlung schützen.

3. Die Industriegesellschaft ökologisch erneuern

Verantwortung für das Leben

Aus Verpflichtung gegenüber der Schöpfung, zum eigenen Schutz und in Verantwortung gegenüber kommenden Generationen dürfen wir keine ausgebeutete und vergiftete Umwelt hinnehmen. Wir sind davon überzeugt: Die Lebensgrundlagen unserer Welt zu erhalten, ist sinnvoll; den Weltraum aufzurüsten, ist falsch und lebensgefährlich. Wir wollen den Umweltschutz als Staatsziel in unser Grundgesetz aufnehmen.

Die Reparatur von Umweltschäden muß sein. Aber ohne Umweltvorsorge bleibt der Umweltschutz stecken.

Die gegenwärtige Bundesregierung ist von Einzelinteressen abhängig und daher nicht in der Lage, die Gesamtinteressen aller Bürgerinnen und Bürger für eine bessere Umwelt wahrzunehmen.

Arbeit und Umwelt — eine große Chance für alle

Wir stellen uns und Wissenschaftlern, Ingenieuren, Managern, Selbständigen, Angestellten und Arbeitern mit der ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft die herausragende zukunftsorientierte Reformaufgabe.

Mit unserem Programm „Arbeit und Umwelt" wollen wir in den nächsten zehn Jahren erreichen, daß

- Altlasten saniert und unter Kontrolle gebracht werden,
- der Energieverbrauch abnimmt,
- Kraftwerke und Autos ihren Schadstoffausstoß um weit mehr als drei Viertel gegenüber heute verringern,

- risikoreiche Chemikalien durch ungefährliche Ersatzstoffe ersetzt werden,
- der Chemieeinsatz in der Landwirtschaft drastisch verringert wird;
- das Abfallaufkommen um mindestens ein Viertel abnimmt und mindestens die Hälfte als Rohstoff oder Energie wiederverwendet wird,
- sauberes Grundwasser und Trinkwasser gewonnen werden kann und es keine stark belasteten Flüsse mehr gibt und
- umweltbedingte Krankheiten und Belastungen am Arbeitsplatz drastisch verringert werden.

Wir werden das wirtschaftliche Eigeninteresse an Umweltvorsorge wecken

Ohne politische Entscheidungen und ohne staatliches Handeln gibt es keinen wirksamen Umweltschutz. Die Wirtschaft braucht einen klaren und kalkulierbaren Rahmen, durch den umweltpolitische Ziele zum Gegenstand des wirtschaftlichen Eigeninteresses gemacht werden. Der Entwicklung und Anwendung umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren müssen Veränderungen des Verbraucherverhaltens entsprechen.

Das Verursacherprinzip hat für uns obersten Stellenwert. Daneben wollen wir die verschuldensunabhängige Haftung und eine weitgehende Beweislastumkehr im Umweltschutzrecht zugunsten des Geschädigten einführen. Jeder soll für die umweltschädlichen Folgen seines Tuns wirtschaftlich geradestehen müssen. Das fördert das Interesse, Schäden zu vermeiden — ohne jeden bürokratischen Aufwand.

Wir wollen unser Steuerrecht stärker auf umweltpolitische Belange ausrichten. Umweltbelastende Produktions- und Verhaltensweisen müssen teurer werden als umweltentlastende. Grenzwerte, Ge- und Verbote bleiben wichtige Instrumente der Umweltpolitik.

Wir wollen die Bundesbahn so stärken, daß immer mehr schwere Lasten von der Straße auf die Schiene verlegt werden können.

Dem Waldsterben und gesundheitlichen Gefahren wird nur durch schnelle Erfolge in der Luftreinhaltung Einhalt geboten. Solange Katalysator-Autos nicht

vorgeschrieben und eingeführt sind, brauchen wir als sofort wirkende Maßnahme ein Tempolimit auch auf Autobahnen. Dafür spricht auch die Verkehrssicherheit.

Wir brauchen eine Umwelt-Außenpolitik

Schadstoffe in Luft und Wasser kennen keine Grenzen. Wir wollen deshalb den Umweltschutz zu einem wichtigen Gegenstand unserer EG-, Ost-West- und Nord-Süd-Politik machen. Die Bedrohung zum Beispiel der Nord- und Ostsee und der Alpen ist nur durch eine internationale Umweltpartnerschaft abzuwenden.

Sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft

Die SPD hat seit über einem Jahrzehnt stellvertretend für große Teile der Gesellschaft eine sehr ernsthafte Diskussion über die Zukunft unserer Energieversorgung geführt. Wir sind 1984 — also zwei Jahre vor der Katastrophe von Tschernobyl — zu dem Ergebnis gekommen, daß die Nutzung der Kernenergie nur noch für eine Übergangszeit zu verantworten ist. Gerade nach Tschernobyl geht es um die grundlegende Frage, was die Politik den Menschen an Risiken auferlegen darf und will. Wir Sozialdemokraten bekräftigen unsere Position: Wir wollen eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft.

Es ist heute notwendig, die Weichen zu stellen für eine neue Energieversorgungsstruktur, die

- auf Atomenergie verzichtet,
- die Umwelt nicht zusätzlich belastet, sondern entlastet,
- die fossilen Energievorräte schont,
- die Entwicklung neuer Energietechnologien vorantreibt,
- die neuen technologischen Chancen industriell nutzt,
- Brüche in der Beschäftigung vermeidet,
- die Verantwortung der Kommunen für die Energiepolitik stärkt und
- sparsames Verhalten der Menschen in den Haushalten und Betrieben belohnt.

Diese Ziele lassen sich nur schrittweise verwirklichen.

Unser Vorgehen zielt auf eine über die Grenzen der politischen Parteien hinausweisende breite Zustimmung gerade auch von Wissenschaftlern und Technikern. Wer glaubt, von Kernenergie nicht mehr weg zu können, stellt unseren technischen Fähigkeiten ein Armutszeugnis aus.

Mit dem Umsteuern muß jetzt begonnen werden. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird entsprechend handeln.

Ziele und Weg unserer Energiepolitik

- Wir werden auf der Grundlage der Beschlüsse unseres Parteitages in Nürnberg einen Stufenplan für einen Weg in eine Energieversorgung ohne Atomkraft vorlegen.
  Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.

- Wir werden das Atomgesetz novellieren, den Schnellen Brüter in Kalkar nicht in Betrieb nehmen und den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht fortsetzen.

- Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvorsorge auf dem Weg der direkten Endlagerung gesetzlich vorgeschrieben. Wir werden mindestens einen weiteren Endlagerstandort auswählen und auf seine Eignung untersuchen.

- Wir werden keine neuen Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke mehr erteilen. Alle bestehenden Anlagen werden einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Reaktoren, die den Sicherheitsanforderungen nicht genügen, sind nachzurüsten oder stillzulegen.
  Für die Übergangszeit des Umstiegs von der Kernenergie auf eine sichere Energieversorgung muß ein funktionsfähiges Meß-, Informations- und Vorsorgesystem aufgebaut werden.

- Wir werden den Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung schrittweise verringern. Unsere Energiepolitik wird sich strikt an den Zielen des Energiesparens, der umweltverträglichen Nutzung der heimischen Kohle unter Einsatz umweltfreundlicher Technologien, der Nutzung anderer Energiearten und einer Energieversorgung in einer gemischten, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Struktur ausrichten.

- Wir werden das Energiewirtschaftsgesetz, das Kartellgesetz und die Bundestarifordnung Elektrizität diesen Zielen entsprechend ändern.

- Wir streben auch in Europa eine Energieversorgung ohne Atomkraft an. Wir wollen uns gemeinsam mit unseren Freunden in anderen europäischen Ländern und im Europäischen Parlament dafür einsetzen, daß der Euratom-Vertrag in seinen energiepolitischen Zielsetzungen geändert und die im Vertrag vorgesehenen, aber bisher nicht genutzten Maßnahmen zur nuklearen Sicherheit und zum Gesundheitsschutz durchgesetzt werden. Die internationale Kooperation auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit muß entscheidend verbessert werden. Eine europaweite steuerliche Belastung von Importenergien muß geprüft werden.

Dieses Umsteuern auf sichere Energie ohne Atomkraft ist zugleich eine große industriepolitische und technologische Chance. Bei einem Umstieg im Laufe der nächsten zehn Jahre würden allein im Bereich des Kraftwerkbaus, des Energieanlagenbaus, der Energieeinspartechniken und des Bergbaus mehrere 10 000 Arbeitsplätze zusätzlich gesichert. Hierbei sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den von der Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmern geeignete Arbeitsplätze anbieten zu können, die ihren beruflichen Qualifikationen Rechnung tragen. Die sozialen Folgen der Umstrukturierung dürfen den Arbeitnehmern nicht angelastet werden.

Wer gegen diesen Weg mit dem sogenannten Treibhauseffekt argumentiert, der verkennt, daß die Belastung der Erde insbesondere mit Kohlendioxid-Abgasen unabhängig vom Verzicht auf Atomkraft besteht. Es ist keine verantwortbare Lösung, an die Stelle des Kohlendioxid-Risikos dasjenige der Atomenergienutzung zu setzen.

Wer dieses Problem wie wir wirklich ernst nimmt,

— der muß als wichtigstes das Energiesparen voranbringen,

— der muß die ökonomischen Ursachen für das Abholzen und Brandroden von tropischen Wäldern überwinden,

— der muß den Einsatz von gefährlichen Treibgasen (z. B. in Sprühdosen, Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffe) beenden.

Energiesparen heißt für uns: Intelligentere Nutzung der technischen Möglichkeiten, Einsatz moderner und stromsparender Geräte. So können Komfort und Lebensstandard der Bürger erhalten und gleichzeitig der Energieverbrauch insgesamt gesenkt werden. Darin liegt auch in Zukunft eine große Herausforderung und eine große Chance für unsere Techniker und Ingenieure.

Grundlegende Kurskorrektur in der Agrarpolitik

Die berechtigten Sorgen vieler Landwirte haben sich als Folge einer verfehlten Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft und der gegenwärtigen Bundesregierung rasch verschärft. Milliarden-Beträge werden für eine ökonomisch und ökologisch unsinnige Überschußproduktion ausgegeben. Die europäische Zusammenarbeit erleidet Schaden. Die Einkommen der Landwirte gehen zurück. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe befinden sich in akuter Existenznot. Gleichzeitig wird der Naturhaushalt durch eine energieaufwendige und industriell betriebene Landwirtschaft belastet.

Wir wollen eine bäuerlich bestimmte Landwirtschaft bewahren. Dazu gehören gerechte Einkommen für unsere Landwirte. Gleichzeitig sollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen und eine gesunde Ernährung gesichert werden. Dazu wollen wir unser Aktionsprogramm „Reform der Landwirtschaftspolitik" mit folgenden Schwerpunkten umsetzen:

- Die Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft sollen durch eine marktgerechtere Preispolitik vermindert werden. In Verbindung damit sind in der Europäischen Gemeinschaft Vereinbarungen über den Abbau der Überschußbestände und die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Nachfrage zu treffen. Diese Neuorientierung bedeutet nicht die Aufgabe der Preispolitik. Der gemeinsame Preis ist ebenso wie der gemeinsame Schutz an den Außengrenzen der EG unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren des gemeinsamen Agrarmarktes. Weltmarktpreise sind daher abzulehnen.

- Alle Fördermaßnahmen sollen auf ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit hin geprüft werden. Statt Finanzmittel zunehmend in die Überschußproduktion zu stecken, wollen wir sie für direkte Einkommensübertragungen an Landwirte verwenden und dabei vor allem ökologische Leistungen entgelten. Damit kann gerade auch kleinen und mittleren Betrieben geholfen werden. Im Interesse der Erhaltung unserer bäuerlichen Familienbetriebe und aus Gründen des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen muß dem weiteren Konzentrationsprozeß in der Tierhaltung und damit dem Entstehen von Agrarfabriken mit der Festlegung EG-weiter und nationaler Bestandsobergrenzen für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung begegnet werden.

- Die Verbraucher sollen mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln versorgt werden. Lebensmittelrechtliche Vorschriften müssen fortlaufend ergänzt und verschärften Anforderungen angepaßt werden.

Eine grundlegende Reform der Agrarpolitik ist im Interesse der Landwirtschaft, der Steuerzahler und der Verbraucher notwendig. Eine solche Agrarpolitik kostet Geld, das aber vernünftiger als bisher eingesetzt wird.

Natur und Tiere brauchen politische Anwälte

Wir wollen im Bundesnaturschutzgesetz die Landwirtschaftsklauseln ändern und den Arten- und Biotopschutz verbessern. Die naturgeschützte Fläche soll ausgeweitet und das Flurbereinigungsgesetz an die Erfordernisse des Natur- und Biotopschutzes angepaßt werden.

Wir wollen im Tierschutzgesetz ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen verankern und davon nur sehr enge Ausnahmemöglichkeiten zulassen, wo das für die Gesundheit von Menschen unbedingt notwendig ist. Tierversuche für Kosmetika, Genußmittel oder zur Erprobung von Kampfstoffen und der Wirkung von Waffen müssen ohne Ausnahme verboten werden.

4. Eine solidarische Gesellschaft durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit schaffen

Der Sozialstaat ist unsere gemeinsame Aufgabe

Soziale Sicherheit für alle ist die Voraussetzung dafür, daß sich alle schöpferischen Kräfte in unserem Volk entfalten können. Für die deutsche Volkswirtschaft ist der soziale Friede stets ein wichtiger Produktionsfaktor gewesen.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat diesen Konsens in unserem Staat aufgekündigt. Wir werden dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wieder Geltung verschaffen.

Erfolgreiche Sozialpolitik setzt eine leistungsfähige Wirtschaft voraus. Umgekehrt gilt: Es gibt nur dann stabile wirtschaftliche Verhältnisse, wenn wir den Sozialstaat funktionsfähig halten.

Das bedeutet: Wir müssen uns auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und auf die großen Investitionsaufgaben konzentrieren.

Es wird mehr als vier Jahre dauern, bis die Schäden ausgebessert sind, die dem sozialen Netz durch die gegenwärtige Bundesregierung zugefügt worden sind. Aber wir müssen jetzt beginnen, dieses Netz neu zu knüpfen, damit es nicht zerreißt. Deshalb werden wir die unsozialen Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe zurücknehmen.

Die Rahmenbedingungen der Sozialpolitik haben sich erheblich verändert. Nicht der Abbau, sondern der Umbau des Sozialstaats ist nötig. Er muß für die Zukunft gerechter und finanzierbar gemacht werden. Dabei setzen wir uns für eine sinnvolle Verbindung von sozialer Sicherung und Selbsthilfe ein. Wir wollen Ideen, Engagement und Erfahrungen der Selbsthilfebewegung für den Sozialstaat nutzbar machen. Die Bereitschaft von Menschen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, werden wir fördern. Gleichzeitig wissen wir: Die großen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter brauchen die großen solidarischen Systeme. Wir wollen sie krisenfest machen und ihre Leistungsfähigkeit steigern.

Sicherheit im Alter

Die Massenarbeitslosigkeit und der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung dürfen die Sicherheit im Alter nicht gefährden. Wir brauchen deshalb eine grundlegende Reform der Alterssicherung.

Renten und verfügbare Arbeitnehmereinkommen sollen sich im Gleichklang entwickeln. Die Lasten müssen sozial ausgewogen auf Beitragszahler, Rentner und Staat verteilt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit soll in den Stand gesetzt werden, für ihre Leistungsbezieher schrittweise wieder volle Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen. Durch eine neue Rentenformel und eine höhere Beteiligung des Bundes wollen wir die Rentenfinanzierung langfristig im Gleichgewicht halten. Ohne die schrittweise Harmonisierung der Alterssicherung von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen werden wir die Solidarität zwischen den Generationen nicht erreichen. Unser Ziel ist es, daß gleiche soziale Tatbestände in allen Alterssicherungssystemen auch zu gleichwertigen Leistungen und Belastungen führen.

In der Finanzierung der Sozialversicherung wollen wir den Arbeitgeberbeitrag künftig nicht allein auf der Basis von Löhnen und Gehältern bemessen. Für ihre dauerhafte Sicherung wird die gesamte Wertschöpfung eines Betriebes einbezogen werden müssen.

Mittelfristig streben wir eine soziale Grundsicherung an, die im Alter, bei Invalidität und bei Arbeitslosigkeit zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht, ohne daß Sozialhilfe gezahlt werden muß.

Unseren Familien helfen

Familienpolitik kann nicht isoliert gestaltet werden. Sie ist Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Die heutigen Lebens- und Arbeitsformen haben der Familie Chancen eröffnet, aber auch viele Belastungen und Probleme gebracht.

Trotz aller Wandlungen, die sich auch in der Familie selbst vollzogen haben, sucht der einzelne in der Familie Glück, Geborgenheit, Verständnis, Pflege im Alter und verläßliche menschliche Beziehungen.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Politik, die Familien zu fördern, besonders diejenigen, die ihre Kinder unter vergleichsweise schwierigen Bedingungen großziehen. Hierzu gehören neben jungen und materiell benachteiligten Familien besonders Alleinstehende mit Kindern, Pflegefamilien, Familien mit behinderten Kindern oder mit Pflegebedürftigen und Ausländerfamilien.

Wir werden bereits 1988 den Familienlastenausgleich reformieren. Wir lehnen die ungerechten Kinderfreibeträge ab. Dem Staat muß jedes Kind gleich wichtig und gleich viel wert sein — unabhängig vom Einkommen der Eltern. Wir werden das einheitliche Kindergeld für alle wieder einführen und auf 100 DM für das erste, 200 DM für das zweite und auf 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind anheben.

Wir wollen das Babyjahr für alle Rentnerinnen. Wir wollen einen Kinderzuschlag von 25 DM pro Kind und Monat für jede Rentnerin. Das gilt auch für die Frauen, die noch 40 Jahre nach Ende des Krieges allein auf die Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes angewiesen sind.

Wir werden sicherstellen, daß auch die älteren Mütter, die neben der Rente auf Sozialhilfe angewiesen sind, dabei eine finanzielle Verbesserung erhalten. Unser Ziel ist es, bei einer allgemeinen Verbesserung der Finanzlage, diesen Kinderzuschlag für ältere Mütter auch in andere Versorgungssysteme einzuführen.

Wir werden die Eingliederung behinderter Menschen in unsere Gesellschaft verbessern und die Angebote im Rehabilitationsbereich ausbauen. Es sollen mehr Behinderte ausgebildet und beschäftigt werden. Wir werden die Kürzungen bei den Rentenanwartschaften der Behinderten in Werkstätten wieder rückgängig machen. Wir wollen Benachteiligungen besonderer Behindertengruppen durch gezielte Maßnahmen abbauen.

Chancengleichheit für unsere Kinder und Jugendlichen

Fehlende Bildungschancen in der Jugend benachteiligen einen Menschen ein Leben lang. Es war eine der ganz großen Reformen, daß wir Sozialdemokraten

in den 60er und 70er Jahren den Weg bereitet haben für gleiche Bildungschancen für Mädchen und Jungen, vor allem auch aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mit niedrigem Einkommen. Die gegenwärtige Bundesregierung versucht hier, das Rad zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten setzen dagegen eine neue Phase der Bildungsreform mit Chancengleichheit, Ausbildung für alle, Offenhalten aller Bildungswege und den Grundsatz „Fördern statt Auslesen". Wir werden nicht zulassen, daß die Tradition der Aufklärung und die Geschichte der kämpferischen Demokratie in Deutschland verdrängt und von rückwärts gerichteten Bildungsidealen überdeckt werden.

Wir werden das Schüler-BAFöG wiederherstellen, das die gegenwärtige Bundesregierung weitgehend zerstört hat. Damit erhalten Kinder — vor allem Mädchen — aus einkommensschwächeren Familien gleiche Entwicklungschancen wie andere Kinder.

Kurzfristig wollen wir die abschreckende Wirkung des von der gegenwärtigen Bundesregierung geänderten Studenten-BAFöG durch Veränderungen bei den Rückzahlungsregelungen abbauen. Unser Ziel ist auch, bei der Ausbildungsförderung für Studenten das Volldarlehen abzuschaffen und durch ein gemischtes System von Zuschuß- und Darlehensförderung abzulösen.

Wir wollen in unseren Schulen und Universitäten gerade die junge Generation zu Bürgersinn und Bürgermut ermuntern. Auch deshalb werden wir die Novelle des Hochschulrahmengesetzes von 1985 wieder rückgängig machen.

Wir werden sicherstellen, daß die Hochschulen ihre gesellschaftliche Verantwortung wieder ungehindert wahrnehmen können.

Eine Reform des Gesundheitswesens ist unabweisbar

Wer sich heute den überfälligen Umbaumaßnahmen verschließt, wird schon morgen vor einem dann nicht mehr finanzierbaren Gesundheitswesen stehen.

Wir müssen verhindern, daß sich unser Gesundheitswesen einseitig auf technische Hochleistungen konzentriert und Apparatemedizin übertreibt. Ein großer Teil der Arzneimittel ist aus medizinischer Sicht überflüssig.

Die soziale und seelische Seite der Krankheit darf nicht vernachlässigt werden.

Einfache und kostengünstige, auch von der sogenannten Schulmedizin abweichende Heilverfahren müssen die Chance haben, sich im Wettbewerb mit anderen Heilverfahren zu bewähren.

Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung müssen zentrale Aufgaben des Gesundheitswesens werden. Eine bessere Bekämpfung vor allem chronischer Krankheiten verlangt, daß einer umfassenden Vorbeugung der gleiche Rang wie der kurativen Medizin eingeräumt wird. Das Patientenrecht auf den freigewählten Arzt und dabei auch die bevorzugte Behandlungsmethode stehen für uns nicht in Frage.

Gesundheitspolitik war in den vergangenen Jahren reine Kostendämpfungspolitik. Diese Politik ist nicht in der Lage, die bestehenden Strukturmängel zu beseitigen. Statt bloßer pauschaler Ausgabendeckelung sind politische Orientierungsdaten für die Entwicklung des Gesundheitswesens notwendig. Die Stellung der Krankenkassen als Verhandlungs- und Vertragspartner muß gestärkt werden.

Um die Arzneimittelversorgung durchgreifend zu verbessern, soll die Krankenversicherung künftig im Rahmen von Orientierungsdaten eines Jahresgesundheitsberichtes der Bundesregierung mit den Pharmaanbietern über die Arzneimittel und deren Preise verhandeln.

5. Solide Finanzen und ein gerechtes Steuersystem

Wir Sozialdemokraten werden unsere Politik für mehr Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft solide finanzieren. Mehrausgaben und Mindereinnahmen unserer Politik stehen im vergleichbaren Umfang Mehreinnahmen und Minderausgaben an anderer Stelle gegenüber. Eine Erhöhung der Neuverschuldung ist nicht erforderlich. Die Gesamtsteuerbelastung (volkswirtschaftliche Steuerquote) bleibt insgesamt unverändert auf dem seit Jahrzenten konstanten Niveau. Angesichts der Vielzahl und Bedeutung der öffentlichen Aufgaben ist es unglaubwürdig, den Bürgern

eine Senkung der Gesamtsteuerbelastung zu versprechen. Umgekehrt werden wir die Gesamtsteuerbelastung aber auch nicht ansteigen lassen.

Zehn Eckwerte unserer soliden Finanz- und Steuerpolitik

- Wir werden zur Finanzierung der notwendigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen denjenigen höher verdienenden Bürgern vorübergehend ein Opfer abverlangen, die im Gegensatz zur breiten Schicht der kleineren und mittleren Einkommensbezieher bisher keinen Solidarbeitrag geleistet haben. Dazu werden wir eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe in Höhe von 5 Prozent der Körperschaftssteuerschuld und der Einkommenssteuerschuld für zu versteuernde Einkommen über 60 000 DM für Ledige und 120 000 DM für Verheiratete erheben.

- Wir werden wirtschaftspolitisch wirkungslose und sozial ungerechte Steuergeschenke der vergangenen Jahre — beispielsweise die Senkung der Vermögenssteuer und die Verkürzung der Abschreibungsfristen für Betriebsgebäude — rückgängig machen.

  Nachdem die gegenwärtige Bundesregierung die Subventionen in einem erschreckenden Umfang ausgeweitet hat, werden wir an unsere Erfolge beim Subventionsabbau in den Jahren 1981 und 1982 — damals wurden 8 Milliarden DM Subventionen abgebaut — anknüpfen. Wir werden diese Politik fortsetzen.

- Wir werden das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" durch einen Zuschlag auf den Energieverbrauch finanzieren.

- Wir werden unser sozialpolitisches Sofortprogramm — Babyjahr für alle Rentnerinnen, Wiederherstellung der sozialen Sicherung der Behinderten, Wiedereinführung des Schüler-BAFöG — finanzieren aus

  — der Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf den Anteil im Bundeshaushalt, den sie im letzten von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung beschlossenen Haushalt hatten,

  — dem Abbau von Steuersubventionen,

— den Mehreinnahmen durch konsequente Erfassung der Zinseinkünfte aus großen Kapitalvermögen

— und der Wiederherstellung der Normalabschreibung für Gewerbebauten.

Diese Mehreinnahmen setzen uns auch in den Stand, die steuerfreie Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 50 000 DM zu finanzieren. Risikolose-Finanzanlagen dürfen nicht länger steuerlich besser behandelt werden als produktive Investitionen.

- Wir werden die zweite Stufe der Steuersenkung 1988 kostenneutral umgestalten: Die stärkere Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen wird durch Verminderung der Steuersenkung für hohe Einkommen finanziert. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit, eine Stärkung der Verbrauchernachfrage und die Förderung der Familien.

  Ohne den vorgesehenen Umfang der Steuersenkung zu sprengen, werden wir deshalb mit Wirkung vom 1. Januar 1988

  — den Grundfreibetrag auf 5 022 DM für Ledige und 10 044 DM für Verheiratete erhöhen,

  — die untere Proportionalzone auf 21 600 DM für Ledige und 43 200 DM für Verheiratete ausdehnen, und

  — den unteren und mittleren Progressionsbereich bis 41 000 DM für Ledige und 82 000 DM für Verheiratete abflachen.

  Dies wird zu einer stärkeren Entlastung von Facharbeitern, aber auch von Meistern, Ingenieuren und kleinen Selbständigen führen.

- Wir werden den von der gegenwärtigen Bundesregierung verantworteten Marsch in den Lohnsteuerstaat stoppen. Die Konzentration von Lohnsteuersenkungen auf kleine und mittlere Einkommen durch

  — eine weitere Erhöhung des Grundfreibetrages,

— die weitere Ausdehnung der Proportionalzone und

— die Abflachung der Steuerprogression im unteren und mittleren Bereich

stärkt auch die Nachfrage im Inland und schafft damit Arbeitsplätze.

Die gegenwärtige Bundesregierung will die Spitzensteuersätze senken und zu ihrer Finanzierung Verbrauchssteuern und die Mehrwertsteuer erhöhen. Wir sagen dazu nein.

- Wir werden, wie dargestellt, den ungerechten Kinderfreibetrag durch das einheitlich bemessene Kindergeld ersetzen. Diese Regelung ist aufkommensneutral. Das einheitliche Kindergeld wird künftig direkt von der Steuerschuld abgezogen. Eine Familie mit zwei Kindern und einem monatlichen Einkommen von 2 800 DM (bei 12 Monatsgehältern) soll künftig nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben.

  Die Familie darf nicht schlechter gestellt werden als die kinderlose Ehe. Der Splittingvorteil für Spitzenverdiener, der durch Maßnahmen zur Tarifentlastung immer größer wird, soll verfassungsrechtlich einwandfrei eingeschränkt werden. Die freiwerdenden Finanzmittel werden wir gezielt für eine weitere Besserstellung der Familie verwenden.

- Wir werden Einkünfte aus persönlicher Arbeitsleistung — sei es aus abhängiger oder nichtabhängiger Arbeit — steuerlich zu Lasten der leistungslosen Einkommen aus Geldanlagen entlasten. Wir werden die Steuerschlupflöcher stopfen und Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Steuerflucht ergreifen. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, daß der Staat nicht länger auf die tatsächliche steuerliche Erfassung von hohen Zinseinkünften aus Kapitalvermögen entsprechend dem geltenden Recht verzichtet. Dabei werden wir durch eine Verzehnfachung der Sparerfreibeträge gewährleisten, daß die große Mehrzahl der Sparer für die Zinseinkünfte keine Steuern zahlen muß und dadurch die notwendige Rechtssicherheit erhält.

- Wir werden durch die Neuordnung des Finanzausgleichs für eine gerechtere finanzielle Ausstattung des Bundes und der Länder sorgen. Wir werden die längst überfällige Gemeindefinanzreform anpacken, die den Städten und Gemeinden eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzausstattung gewährt

und ihre Selbständigkeit sichert. Auf dem Weg zu einer umfassenden Gemeindefinanzreform fordern wir die Revitalisierung der Gewerbesteuer sowie eine Anhebung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer.

- Wir werden bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen besonderes Gewicht auf die Steuervereinfachung legen.

Wir versprechen unseren Bürger nicht mehr als wir halten können. Auch das unterscheidet unsere Steuerpolitik von der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung. Wir können unsere Vorstellungen zur Finanz- und Steuerpolitik nur schrittweise verwirklichen. Um so beharrlicher werden wir sie verfolgen, ohne die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens zu gefährden.

Für die von uns geplanten Maßnahmen ist keine Erhöhung der Nettokreditaufnahme erforderlich.

Zu einem erheblichen Teil finanzieren sich beschäftigungspolitische Maßnahmen außerdem durch Einsparungen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit von über 55 Milliarden DM jährlich.

Wir sagen unseren Bürgern deutlich, daß eine Reihe sehr wünschenswerter sozialpolitischer Maßnahmen in den kommenden vier Jahren noch nicht oder nur bei raschem Erfolg unserer Beschäftigungspolitik angepackt werden können. Als Beispiele dafür nennen wir die rasche Einführung der sozialen Grundsicherung für alle, die Umstellung des Studenten-BAFöG von Darlehen auf Zuschüsse und die Wiederherstellung der früheren Höhe des Mutterschaftsurlaubsgeldes.

6. Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Das Gleichheitsgebot der Verfassung umsetzen

Das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau ist fast vierzig Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes immer noch nicht

verwirklicht. Die überkommene gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen die Kindererziehung und Hausarbeit und Männern die Erwerbsarbeit zuweist, ist bis heute nicht überwunden. Das hat dazu geführt, daß Frauen in der Ausbildung, im Beruf und in fast allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt sind.

Wir Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaft, in der die Verteilung der Arbeit nicht mehr gespalten ist in Erwerbsarbeit einerseits und unbezahlte Haus- und Familienarbeit andererseits. Erwerbsarbeit darf nicht ausschließlich den Männern zugeordnet und höher bewertet werden. Haus- und Familienarbeit darf nicht ausschließlich den Frauen überlassen und von der Gesellschaft niedriger bewertet werden.

Gleichstellung voranbringen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht allein eine Frage von Gesetzen, sondern auch des praktischen Handelns in Unternehmen, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen und politischen Parteien. Alte Rollenvorstellungen abzubauen, ist eine Aufgabe für jeden in der Gesellschaft. Leitsatz unserer Politik für Frauen und Männer ist: Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männlich bestimmte Gesellschaft überwinden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung strebt folgende Ziele an:

- Gleichstellung von Frauen und Männern in Bildung und Ausbildung,
- Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben,
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und
- gleiche Rechte, Beteiligung und Mitwirkung im politischen und gesellschaftlichen Leben für Frauen und Männer.

Chancen durch Bildung

Die Bildungspolitik muß mehr als bisher die Grundlagen für gleiche Zugangschancen zu Beruf und Familie geben. Mädchen und Jungen müssen in der Schule

dieselben inhaltlichen und sozialen Erfahrungen machen können. Mädchen und Jungen sollen ein gleiches Angebot zur Ausbildung im naturwissenschaftlich-technischen und im hauswirtschaftlich-sozialen Bereich erhalten.

Mädchen müssen mehr Ausbildungs- und Arbeitschancen in zukunftsträchtigen Berufen eröffnet werden. Wir werden entsprechende Programme ausweiten. An den Hochschulen ist der Anteil der Frauen an den Lehrenden durch gezielte Fördermaßnahmen zu erhöhen.

Weichenstellungen für die Gleichstellung durch staatliches Handeln

Wir wollen gesetzliche Regelungen, mit denen der Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt wird. Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung ein Gleichstellungsgesetz vorlegen, das insbesondere die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Ausbildungsplätzen sichern soll. Die Gleichstellungsgesetze der Europäischen Gemeinschaft müssen in der Bundesrepublik Deutschland konsequent umgesetzt werden. Alle zwei Jahre wird ein Gleichstellungsbericht veröffentlicht und dem Bundestag zugeleitet. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird für ihren Bereich Frauenförderpläne vorlegen und damit ein Beispiel auch für andere geben.

Wir werden neben von Frauen besetzten Fachressorts ein von einer Frau geleitetes Ministerium mit den erforderlichen Kompetenzen für zentrale Frauenfragen ausstatten.

Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Aktive Beschäftigungspolitik ist deshalb auch ein Teil unserer Gleichstellungspolitik. Dazu gehört auch ein neues Arbeitszeitgesetz. Eine aktive Politik allgemeiner Arbeitszeitverkürzung durch Gesetz und Tarifverträge, insbesondere zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, ist eine wesentliche Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frau und Mann. Arbeitszeiten müssen familienfreundlich gestaltet werden.

Wir wollen die noch bestehenden Benachteiligungen teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beseitigen.

Wir werden ein Programm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben vorlegen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ist darüber hinaus vor allem der Elternurlaub wichtig. Wir halten an dem Ziel fest, mittelfristig das allgemeine Erziehungsgeld durch einen Elternurlaub für abhängig beschäftigte Eltern zu ergänzen, Alleinstehende besser zu stellen und den Kündigungsschutz in seiner früheren Form wieder herzustellen. Zudem wollen wir den Freistellungsanspruch der Eltern bei Erkrankung ihrer Kinder erweitern.

Frauen schützen

Frauen und ihren Kindern, die in der Familie Gewalt ausgesetzt sind, bieten Frauenhäuser Zuflucht und Hilfe. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist unzureichend und ungeklärt. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird auf eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern hinwirken. Zum Schwangerschaftsabbruch gilt für uns der Grundsatz: „Hilfe statt Strafe." Wir halten gegen alle Angriffe von konservativer Seite an der von uns herbeigeführten Reform des § 218 fest. Das gilt ebenso für das von uns erneuerte Ehe- und Familienrecht.

7. Liberalität und Demokratie in Staat und Gesellschaft bewahren und ausbauen

Freiheits- und Bürgerrechte sichern

Die gegenwärtige Bundesregierung hat ein Klima geschaffen, in dem Duckmäusertum wieder gedeiht. Politischer Widerspruch, aktive Mitsprache und Mitwirkung werden in Mißkredit gebracht. Es gibt gefährliche Anzeichen dafür, daß das Freund-Feind-Denken gefördert oder in Kauf genommen wird.

Der freie Bürger, der seine Rechte wahrnimmt, der politische Entscheidungen mitträgt, aber auch kritisiert und gegen sie protestiert, ist uns nicht verdächtig. Im Gegenteil: Wir rechnen mit ihm und erwarten seine aktive Mitwirkung in der Gestaltung des Staates und der Gesellschaft. Wir wollen weder Obrigkeitsstaat

noch Zuschauerdemokratie. Wir wollen weder geschriebene noch faktische Extremistenerlasse und auch keine staatlichen Zensuren für Journalisten und Künstler. Wir verteidigen ihre Freiheit und Unabhängigkeit.

Wir Sozialdemokraten werden unser Grundgesetz und seinen freiheitlichen Charakter gegen alle Anfechtungen verteidigen. Wir sind die Partei des Grundgesetzes. Wir werden allen Vorschlägen der gegenwärtigen Bundesregierung Einhalt gebieten, die sich gegen Liberalität und gegen mehr Demokratie richten — vom Verbändegesetz über die Kontrollgesetze im Sicherheitsbereich bis zur geplanten Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Mündige Bürgerinnen und Bürger sind unser Leitbild. Wir werden ihre Freiheiten verteidigen.

Wir wollen den demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat

Gefahren drohen aus der Massenarbeitslosigkeit und einer Politik der Entsolidarisierung. Sie drohen durch soziale Ungerechtigkeit und auch durch ansteigende Wirtschafts- und Umweltkriminalität. Wir wollen sozialen Ausgleich schaffen, Freiheitsrechte und Teilhabemöglichkeiten sichern, politische Toleranz vorleben und damit vor allem dem inneren Frieden dienen.

Datenschutz ist Bürgerrecht

Datenschutz ist notwendig. Wir sehen darin ein Bürgerrecht, das Vorrang hat gegenüber der Ausübung von politischer und wirtschaftlicher Macht.

Wir wollen das Bundesdatenschutzgesetz und die Rechtsvorschriften für die Sicherheitsbehörden mit dem Ziel ändern, die Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes für die Datenverarbeitung im staatlichen Bereich, aber auch in Betrieben und in der Wirtschaft zu erfüllen.

Innere Sicherheit ist eine politische Aufgabe

Die innere Sicherheit ist dann am besten gewährleistet, wenn der Staat von freien

Bürgern getragen wird. Sie ist dann gefährdet, wenn der Staat über freie Bürger regiert, als wären sie seine Objekte. Sie ist keine Frage schärferer Gesetze oder einer Teilmilitarisierung der Polizei.

Der Staat hat den Auftrag, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Dabei muß der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gelten. Wir treten für eine Sicherheitspolitik ein, die liberalen und rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt. Wir wollen, daß die Grenze zwischen Polizei und Nachrichtendiensten deutlich bleibt.

Nach den Fahndungserfolgen der siebziger Jahre bedroht terroristische Gewalt heute wieder unsere innere Sicherheit. Einer konsequenten und koordinierten verstärkten Polizeifahndung können die Gewalttäter nicht entkommen. Der ständige Ruf nach immer neuen Gesetzen lenkt ab. Die sogenannte Kronzeugenregelung bedeutet Straffreiheit für Mörder. Wir lehnen sie ab. Sie beleidigt das Gerechtigkeitsgefühl und beschädigt den Rechtsstaat. Ihn schutzfähig zu erhalten, sind wir entschlossen.

Das Demonstrationsrecht ist die Pressefreiheit für jedermann. Wir verteidigen dieses Grundrecht. Es wird durch Gewalttäter gefährdet, die Demonstrationen in Schlachten verwandeln, aber auch durch politische Instanzen, die sich in der Wahl der Mittel vergreifen. Unser Staat braucht Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage. Sie sind die beste Gewähr für eine demokratische Entwicklung. Wir empfinden Kritik und Mitsprache nicht als etwas Lästiges.

Es geht nicht an, ungelöste politische Probleme auf dem Rücken von Polizei und Justiz abzuladen. Wir unterstützen die Polizei bei ihrer oft schwierigen Aufgabe. Das staatliche Gewaltmonopol ist unverzichtbar. Es schützt die Schwachen und sichert den Rechtsfrieden. Es muß behutsam, mit Augenmaß ausgeübt werden. Wer das staatliche Gewaltmonopol mißbraucht, zerstört das Vertrauen der Menschen in den demokratischen Rechtsstaat.

Ausländer sind unsere Mitbürger

Wir wollen einem Klima der Intoleranz gegenüber Ausländern und gegenüber kulturellen und religiösen Minderheiten entgegenwirken.

Weit über die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer lebt seit mehr als zehn

Jahren in der Bundesrepublik. Wir halten es für unerläßlich, daß ein neues Ausländerrecht den Betroffenen eine überschaubare und zuverlässige Grundlage für ihre Lebensplanung gibt, daß sie gleichberechtigt an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft teilhaben. Dazu gehören gleiche Bildungschancen.

Wir bekennen uns nachdrücklich zu dem in unserer Verfassung verankerten Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Nicht zuletzt aus der geschichtlichen Erfahrung mit dem Schicksal vieler politisch Verfolgter während der Nazi-Zeit, die unsere Demokratie nach 1945 mit aufgebaut haben, lassen wir daran nicht rütteln. Gerade weil wir dieses Grundrecht nicht aushöhlen lassen wollen, halten wir eine Straffung der Anerkennungsverfahren, menschenwürdige Bedingungen der Unterbringung und die Verminderung der Belastungen der Gemeinden für dringend erforderlich. Menschenhändler und internationale Schlepperorganisationen werden wir energisch bekämpfen.

SPD: Partner der Bürgerinnen und Bürger

Wir Sozialdemokraten begrüßen es, wenn Kirchen und Religionsgemeinschaften, kirchliche Gruppen oder einzelne aus der Verantwortung ihres Glaubens durch Kritik, Anregung und praktische Mitarbeit auf die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens einwirken.

Wir können nicht allen Zielen und nicht allen Methoden neuer sozialer Bewegungen zustimmen. Aber wir nehmen die Vorbehalte, Ängste und Anliegen ernst, die sie zum Ausdruck bringen. Uns beeindruckt die Empfindsamkeit für drohende Gefahren. Wir suchen das Gespräch und Zusammenarbeit, wo immer das möglich ist. Uns liegt daran, daß sich Menschen nicht verzweifelt oder resigniert von der Politik abwenden, sondern ihr Engagement in den Dienst des Gemeinwohls stellen.

Auch deshalb wollen wir Eigeninitiativen und Selbsthilfeorganisationen unterstützen. Dazu gehört, daß wir auch den Genossenschaftsgedanken von neuem beleben und daß wir neue Formen des Genossenschaftswesens finden.

Kunst in einer offenen Gesellschaft

Wir werden die Freiheit der Künstler schützen. Freiheit der Künstler heißt auch

Freiheit von materieller Not. Deswegen werden wir das Künstlersozialversicherungsgesetz weiterentwickeln. Wir wollen die Urheberrechte der Künstler gerade gegenüber der Entwicklung neuer Medien anpassen. Die Vielfalt unserer Kultur darf nicht durch international operierende Medienkonzerne beeinträchtigt werden.

Wir wollen wieder eine liberale Filmförderung, die den deutschen und den europäischen Film erhält und stärkt.

Kultur ist für uns nicht Beigabe und Verzierung des öffentlichen Lebens, sondern ein wichtiges Feld, in dem die Menschen Selbstbestimmung erfahren können. Wir werden unter Beachtung von Zuständigkeiten von Ländern und Kommunen die Anstrengungen des Bundes für Kultur deutlich verstärken.

8. Den Frieden sichern

Frieden stiften

Wir werden den Frieden nur retten können, wenn wir Frieden stiften. Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt haben mit der Politik der Entspannung und Verständigung aktiv zum Frieden in Europa beigetragen. Dies wirkt bis heute nach. Nur weil in den 70er Jahren in Europa eine Vertrauensbasis geschaffen werden konnte, hat die neue Kälte zwischen den beiden Supermächten nicht noch schlimmere Auswirkungen auf das allgemeine Ost-West-Verhältnis gehabt.

Die gegenwärtige Bundesregierung hatte als ihre Zielsetzung ausgegeben, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Am Ende ihrer Regierungszeit müssen wir feststellen: In der Mitte Europas sind mehr Waffen, mehr Massenvernichtungsmittel angehäuft als je zuvor. Diese Waffen rufen neue Gefahren hervor und erschweren die Bemühungen um Entspannung und Abrüstung.

Frieden zu bewahren und Frieden zu stiften, ist nicht allein Aufgabe der beiden Supermächte. Wo es um das Überleben der Menschheit geht, sind alle Staaten

und alle Menschen gefordert. Gerade wir Deutschen, geteilt in zwei Staaten und eingebunden in gegensätzliche Bündnisse haben hier eine besondere Verantwortung.

Aufbruch zu einer zweiten Phase der Entspannungspolitik

Heute ist es an der Zeit, den Wahnsinn des neuerlich beschleunigten Rüstungswettlaufs zu durchbrechen und mit einer zweiten Phase der Entspannungspolitik zu beginnen. Sie muß vier Elemente enthalten:

- Abrüstung atomarer und chemischer Waffen in Europa,
- Stabilisierung der konventionellen Kräfteverhältnisse auf einem gleichen, niedrigen Niveau,
- Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa und
- Förderung des Kulturaustausches mit dem Ziel, die kulturelle Identität Europas zu wahren und zu festigen.

Aktive Friedenspolitik muß den Ausgleich widersprüchlicher Interessen suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen und auf jegliches Vormachtstreben verzichten.

Gerade wir Sozialdemokraten wissen, wie verschieden die politischen Wert- und Ordnungsvorstellungen in Ost und West sind. Wir haben die freiheitliche Demokratie mitbegründet. Wir halten sie anderen Staats- und Gesellschaftsformen für überlegen. Als Partei des Grundgesetzes streiten wir für einen freiheitlichen, demokratischen Rechts- und Sozialstaat. Grundlegende ideologische Gegensätze zwischen Ost und West bleiben bestehen. Sie müssen in Formen ausgetragen werden, die der Notwendigkeit der Friedenspolitik nicht widersprechen.

Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, welche die Machtblöcke übergreift und schließlich überwindet. Auf dem Weg dorthin wird es viele Zwischenschritte geben. Sie alle stehen unter dem Gebot: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen — von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten

Die Deutschlandpolitik der SPD hat zur Bewahrung der Nation beigetragen. Sie hat die Folgen der Teilung für die Menschen in Deutschland gelindert. Sie hat die Lebensfähigkeit Berlins auf eine sichere Basis gestellt und zur Befriedung in Mitteleuropa beigetragen. Wir wollen weiter alles tun, um die Lebensfähigkeit Berlins zu sichern, um das Vertrauen der Berliner in ihre Zukunft zu stärken und um die Bindungen ihrer Stadt an die Bundesrepublik Deutschland aufrecht zu erhalten und sie weiterzuentwickeln.

Unsere Deutschlandpolitik ist stets auch Friedens- und Entspannungspolitik. Ihr Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die den trennenden Charakter der Grenzen überwindet.

Beide deutsche Staaten werden als voneinander unabhängige Staaten mindestens so lange existieren wie die Bündnisse. Das hat Konsequenzen, so lange die Bündnisse unentbehrlich für die Stabilität in Europa sind. Es bleibt daher offen, wie der Anspruch der Deutschen auf Selbstbestimmung verwirklicht werden kann.

Die Idee eines deutschen Sonderweges — zumal in die Neutralität — ist unrealistisch. Er würde die Stabilität in Europa gefährden. Die Teilung Deutschlands kann nur in einer europäischen Friedensordnung aufgehoben werden. Auch wenn offen ist, wann und in welcher Form die Deutschen zu einer Gemeinschaft finden können, halten wir Sozialdemokraten an dem Ziel fest, die Teilung Deutschlands zu überwinden.

Beide deutsche Staaten haben eine besondere Verantwortung für den Frieden, der sie auch durch ihren besonderen Beitrag in ihren Bündnissen gerecht werden müssen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten das Trennende zu nehmen, um zur Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen und die Nation als Geschichts-, Kultur-, Sprach- und Gefühlsgemeinschaft über die staatliche Teilung hinweg zu bewahren.

Wir werden eine Verständigung über den Verlauf der Grenze an der Elbe

suchen, auch um Umweltschutzvereinbarungen zu beschleunigen. Wir wollen die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter auflösen. Sie ist überflüssig. Wir werden die Staatsangehörigkeit der DDR im Rahmen des Grundgesetzes respektieren. Unser Staatsbürgerrecht bleibt unverändert für jeden Deutschen, der es in freier Entscheidung wahrnehmen kann und will. Wir wollen den wirtschaftlichen und den kulturellen Austausch zwischen den beiden deutschen Staaten und den Bürgern enger gestalten.

Wir wollen zur Einigung und Stärkung Europas beitragen

Die vereinigten Staaten von Europa bleiben unser Ziel. Die Europäische Gemeinschaft, die begonnen hat, den westlichen Teil unseres Kontinents zu vereinen, gibt allen Europäern Hoffnung darauf, daß nationale Spannungen und Feindschaften überwindbar sind durch gemeinschaftliches Handeln zum Wohle aller unserer Völker. Europa muß zum starken zweiten Pfeiler der atlantischen Brücke werden. Kernstück dieses Europas ist und bleibt die deutsch-französische Freundschaft.

Die Stärkung Europas verlangt heute die Bündelung seiner Kräfte im westlichen Teil, auch und gerade auf dem Weg zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Die Europäische Gemeinschaft ist unerläßlich für unsere wirtschaftliche und soziale Selbstbehauptung. Sie kann und muß Europa in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen. Sie ist eine Chance für Frieden und soziale Demokratie.

Zahlreiche wichtige politische Ziele lassen sich nicht mehr im Rahmen eines einzelnen Landes verwirklichen. Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume, die dem Nationalstaat verloren gegangen sind und noch verloren gehen werden. Im Interesse der Einigung und Stärkung Europas wollen wir in der Europäischen Gemeinschaft

- eine gemeinsame Außenpolitik entwickeln, die dem Frieden dient, indem sie der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirkt und insbesondere mit Osteuropa partnerschaftlich zusammenarbeitet;

- eine gemeinsame Sicherheitspolitik anstreben, um die besonderen europäischen Sicherheitsinteressen wirksam zu wahren;

- die Wirtschaftspolitik harmonisieren und eine gemeinsame europäische Währung erreichen;

- den europäischen Binnenmarkt verwirklichen;

- die paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen — vor allem auch in multinationalen Unternehmen;

- in Wissenschaft, Forschung und Technologie die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen, z. B. im Rahmen von EUREKA, damit zivile europäische Zukunftsaufgaben in einer gemeinsamen technologischen Anstrengung bewältigt werden können;

- einheitliche und strenge Normen für den Schutz der Umwelt verbindlich machen.

Die Europäische Gemeinschaft muß demokratisch sein. Es darf nicht sein, daß EG-Ministerräte und Bürokratien immer mehr Rechte bekommen, die nationalen Parlamente immer mehr Rechte verlieren. Deshalb muß das Europäische Parlament jene Rechte erhalten, die einer Volksvertretung in demokratischen Staaten zukommen.

Unsere Interessen im Atlantischen Bündnis vertreten

Die Bundesrepublik Deutschland findet das ihr erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern im Atlantischen Bündnis. Wir bejahen es. Wir müssen unsere eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen können — auch unser Interesse an gemeinsamer Sicherheit.

Die Willensbildung im Bündnis muß den Beziehungen souveräner Vertragspartner entsprechen und auf die vitalen Interessen seiner Mitglieder Rücksicht nehmen. Grundentscheidungen, wie die über eine Bündnisstrategie gelten für alle und können nur abgelöst werden durch neue Übereinkünfte.

Das Bündnis muß verteidigungsfähig, entspannungsbereit und strikt defensiv sein. Im Bündnis muß der politische Wille die Militärtechnik bestimmen — nicht umgekehrt. Friede ist eine politische und keine technische Aufgabe.

Im Bündnis wird eine sozialdemokratische Bundesregierung auf eine Reform der Nato-Strategie drängen:

- Die militärische Strategie des gesamten Bündnisses muß seiner politischen Zielsetzung — nämlich Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft — entsprechen.

- Struktur und Bewaffnung der Nato-Streitkräfte müssen unverwechselbar der Verteidigung dienen; gleiches ist vom Warschauer Pakt zu verlangen.

- Die Bündnisstrategie und Struktur der Nato-Streitkräfte müssen Vereinbarungen über eine wesentliche Verminderung von Truppen und Waffen in Europa insgesamt fördern.

- Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte müssen glaubwürdig zur Vorneverteidigung befähigen. Sie müssen jeden möglichen Angreifer mit einem untragbaren Risiko belasten. Sie dürfen nicht zu einem grenzüberschreitenden, raumgreifenden Angriff operativ geeignet sein.

Wir wollen ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen Nato und Warschauer Pakt, in dem sich beide Seiten verpflichten, weder konventionelle noch atomare Waffen als erste einzusetzen.

Wir werden uns für einen sofortigen Stopp des Testens, der Produktion und der Stationierung neuer Atom- und Weltraumwaffen einsetzen.

Gemeinsame Sicherheit schaffen

Niemand kann seine Verletzlichkeit wegrüsten, niemand kann Sicherheit errüsten. Die eigene Sicherheit verlangt immer auch die Sicherheit des anderen. Deshalb wird unsere Friedens- und Entspannungspolitik von der Idee der gemeinsamen Sicherheit geleitet. Wir wollen Vereinbarungen über Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle treffen. Dazu gehören:

- Wir fordern von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles, von der UdSSR fordern wir den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug in der DDR und CSSR aufgestellten Raketen und eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen auf einen Stand vor 1979. Darüber hinaus unterstützen wir die Vorschläge zur völligen Beseitigung der Mittelstreckenraketen in ganz Europa.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine sozialdemokratische Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Aufhebung des Beschlusses vom 22. 11. 1983 beantragen, um der unter der konservativen Bundesregierung beschlossenen Stationierung dieser Waffen die parlamentarische Legitimation zu entziehen und der Bundesregierung die volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.

Wir werden uns nicht einfach mit der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen den Weltmächten abfinden.

- Wir wollen einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa. Die Beseitigung atomarer Gefechtsfeldwaffen ist für unser Land besonders dringlich.

- Wir widersetzen uns der sogenannten „Modernisierung" chemischer Waffen. So lange die chemischen Waffen nicht weltweit vernichtet sind, streben wir eine chemiewaffenfrei Zone in Europa an.

- Wir werden die SDI-Regierungsabkommen kündigen und Plänen für ein europäisches SDI entgegentreten.

Dem Frieden dienen

In der Politik der Kriegsverhütung durch gemeinsame Sicherheit hat die Bundeswehr ihren wichtigen Platz. Gerade für Soldaten ist es schwer erträglich, zu wissen, daß sie im Ernstfall zerstören müssen, was sie schützen sollen.

Wir werden ein neues Strukturkonzept für die Bundeswehr vorlegen. Die von der gegenwärtigen Bundesregierung beschlossene Verlängerung des Grundwehrdienstes wollen wir zurücknehmen, weil wir sie für falsch halten. Die Dauer des Zivildienstes wird wieder an die Dauer des Wehrdienstes angepaßt, die Gewissensprüfung von Wehrdienstverweigerern wird abgeschafft. Beide —

Wehrpflichtige und Zivildienstleistende — erbringen einen wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft. Wir lassen nicht zu, daß der eine gegen den anderen ausgespielt wird. Die Heranziehung von Frauen als Soldaten außerhalb des Sanitätsdienstes lehnen wir ab. Wir wollen Friedensforschung und Friedenserziehung fördern.

Wir werden den Verteidigungshaushalt auf den Anteil zurückfahren, den dieser am Gesamthaushalt der letzten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hatte. Das wird die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr und darf die soziale Lage der Soldaten nicht beeinträchtigen.

Wir werden den von der Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzesentwurf zur Beschränkung des Rüstungsexportes vom 23. 5. 1985 verabschieden.

Wir wollen die Gefährdung und Belastung durch den militärischen Tiefflugbetrieb deutlich vermindern.

Zukunftsprogramm Dritte Welt

Immer mehr Menschen auf der Welt leben in Elend und Abhängigkeit. Daran ist die Unnachgiebigkeit der Industrieländer gegenüber berechtigten Forderungen der Länder der Dritten Welt mit schuld.

Die Entwicklungsländer zahlen einen ständigen Tribut an die Industrieländer in Form von Zinslasten, Handelsdefiziten, Kapitalexport und sinkenden Rohstoffpreisen. Damit wird ihnen die Chance genommen, Armut abzubauen, bessere soziale und stabile demokratische Verhältnisse aufzubauen.

Die Lösung ihrer Schulden- und Energieprobleme, die auch im Interesse der Industriestaaten liegt, macht eine weltweite Umkehr notwendig. Vor allem brauchen wir ein gerechteres Weltwirtschaftssystem. Auch in unserer Währungs-, Finanz-, Außenwirtschafts-, Technologie-, Agrar-, Energie- und Umweltpolitik sind die Überlebensinteressen der Dritten Welt zu berücksichtigen.

Ohne Stopp der Hochrüstung gibt es auch keine gute Entwicklung für die Dritte Welt.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird deshalb vorschlagen, zwischen Ost und West und Nord und Süd ein Zukunftsprogramm Dritte Welt mit dem Ziel zu vereinbaren, daß aus der Rüstung Mittel in eine wirksame Hilfe für die Entwicklungsländer umgeschichtet werden.

Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten Einfluß nehmen, daß die Länder der Dritten Welt nicht weiter als Kampfplatz und Manövrierfeld des Ost-West-Konfliktes mißbraucht werden. Ziel unserer Entwicklungs- und Außenpolitik ist es, den Völkern des Südens die Chance zu geben, ihre politische und soziale Entwicklung unabhängig von der Einmischung der Supermächte selbst zu bestimmen.

Weltweite Solidarität erfordert den weltweiten Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen. Wir Sozialdemokraten leiten daraus und nicht zuletzt aus unserer eigenen Geschichte die Verpflichtung zu einer überzeugenden Menschenrechtspolitik ab. Wir werden die Folterkonvention der Vereinten Nationen unverzüglich ratifizieren.

Das bedrückendste Beispiel von Menschenrechtsverletzungen ist gegenwärtig die Apartheid. Sie kann nicht reformiert, sie muß abgeschafft werden. Wir unterstützen die Bemühungen der Vereinten Nationen gegen Rassismus und Kolonialismus. Wir halten entschiedene Maßnahmen der Bundesrepublik gegen die Apartheid für zwingend erforderlich. Solidarität mit den Unterdrückten hat Vorrang vor scheinbaren Interessen ökonomischer Art. Eine solche Politik dient auf längere Sicht gerade auch unseren nationalen Interessen.

9. Nach der Wende den Wechsel schaffen

Wir müssen nach der Wende den Wechsel schaffen.

- Wer wirklich will, daß der gesellschaftliche Skandal der Massenarbeitslosigkeit endlich zu Ende gebracht wird,

- wer wirklich will, daß uns die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft gelingt,
- wer wirklich will, daß wir jetzt mit dem Umsteuern auf eine sichere Energieversorgung ohne Kernkraft beginnen,
- wer wirklich will, daß in unserem Land das Gebot der sozialen Gerechtigkeit wieder Geltung erhält,
- wer wirklich will, daß Frauen und Männer in unserer Gesellschaft tatsächlich gleichgestellt werden,
- wer wirklich will, daß die Freiheitlichkeit unseres Rechtsstaates nicht von immer neuen Gesetzen erstickt wird und
- wer wirklich will, daß von deutschem Boden Impulse für Abrüstung, Frieden und weltweite Gerechtigkeit ausgehen,

der muß jetzt mit anpacken. Der muß jetzt mit uns arbeiten für eine sichere und soziale Zukunft für alle.

Wir werben um die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1.
10-86 — A 1 — 100 — Bestell-Nr. 390935. Druck: Druckhaus Löbbe GmbH & Co., 5060 Bergisch Gladbach 2.